

Antrag

**des Abg. Dr. Timm Kern und Hans Dieter Scheerer
u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Bündnisorientierte Sicherheitspolitik im Rahmen der Demokratie- und Friedensbildung an Schulen – Arbeit der Jugendoffiziere wertschätzen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Schulbesuche es von Jugendoffizieren der Bundeswehr an öffentlichen Schulen (bitte nach Schule und Schulform aufgeschlüsselt) 2022 insgesamt gab und in welchem Umfang die jeweiligen Besuche stattgefunden haben;
2. ob und wenn ja, in welcher Form Besuche von Jugendoffizieren in den Lehrplänen der jeweiligen Schularten verankert sind (bei Verneinung bitte angeben, warum dies nicht der Fall ist und ob es Vorhaben gibt, dies zu ändern);
3. ob es denkbar wäre, in Anbetracht der Kriegssituation in der Ukraine, Jugendoffizieren feste Deputatseinheiten an öffentlichen Schulen vorzusehen, wo diese über einen Zeitraum bündnisorientierte sicherheitspolitische Aufklärungsarbeit leisten, um hierdurch etwa auch gezielt Desinformationen entgegenzutreten;
4. ob sie davon ausgeht, dass es notwendig ist, gerade in Anbetracht der jüngsten Ereignisse (Krieg in der Ukraine), welche der bündnisorientierten Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen sowie der Bundeswehr im Speziellen eine gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen, die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen zu erhöhen, um für mehr Transparenz bei den Schülerinnen und Schülern zu sorgen;
5. inwiefern sie im Kontakt mit dem Bundesverteidigungsministerium steht, um Konzepte für die Arbeit von Jugendoffizieren an den unterschiedlichen Schularten zu erarbeiten;
6. ob das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bspw. mittels Verbindungsoffizier Kontakte zur Bundeswehr und zum Verteidigungsministerium unterhält und wenn nein, ob man dies angesichts der vorangegangenen Fragen für sinnvoll erachtet;

7. welche Maßnahmen sie in den letzten fünf Jahren unternommen hat, um die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Landeskommmando Baden-Württemberg zu erfüllen;
8. inwieweit ihr Berichte darüber vorliegen, dass Schulen bzw. Lehrkräfte sich explizit gegen den Besuch von Jugendoffizieren ausgesprochen haben, wenn ja, welche Begründung die Schulen angeführt haben;
9. wie sie Ablehnungen von Schulen bzw. Lehrkräften nach Ziffer 8 bewertet (bitte bei der Begründung darauf eingehen, was sie explizit unternimmt, um Vorurteilen vorzubeugen, Barrieren abzubauen und den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen im Land flächendeckend zu ermöglichen);
10. inwiefern der Besuch und etwaige Vorträge von Jugendoffizieren ihrer Meinung nach der Demokratiebildung zuträglich seien;
11. inwieweit sie der Meinung ist, dass eine ablehnende Haltung von Schulen bzw. Lehrkräften die Bundeswehr bzw. die Arbeit der Jugendoffiziere sowie die Demokratiebildung von Schülerinnen und Schülern schwächen und zudem Desinformationen Vorschub leisten könnte (bitte unter Darstellung einer klaren Position der Landesregierung);
12. ob ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, wie die Integration der Jugendoffiziere der Bundeswehr an freien Schulen vorstattgeht und ob ihr hier etwaige Zahlen im Sinne von Ziffer 8 vorliegen;
13. ob sie die Arbeit der Jugendoffiziere an Schulen bzw. die Behandlung der Themen der bündnisorientierten Sicherheitspolitik und Bundeswehr an Schulen als Teil der Friedensbildung ansieht (bitte mit ausführlicher Begründung);
14. weshalb im Falle einer Bejahung nach Ziffer 13 dann im Rahmen der Beantwortung der Drucksache 17/3550 nicht auf die Rolle der Jugendoffiziere, die bündnisorientierte Sicherheitspolitik oder die Bundeswehr (weder im Wortlaut noch dem Sinne nach) eingegangen wurde (bitte bei der Begründung darauf eingehen, ob dies der Arbeit der Jugendoffiziere, dem Ansehen der Bundeswehr sowie der Demokratie- und Friedensbildung aus ihrer Sicht zuträglich sei).

17.4.2023

Dr. Timm Kern, Scheerer, Trauschel, Birnstock,
Dr. Rülke, Haußmann, Goll, Bonath, Fischer, Hoher,
Dr. Jung, Reith, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die Bundeswehr spielt nicht nur in der Landesverteidigung und in Katastrophenfällen eine entscheidende Rolle, sondern sie repräsentiert eine starke und wehrhafte Demokratie. Es ist von zentraler Bedeutung, dass junge Menschen früh in den Kontakt mit dem Thema der bündnisorientierten Sicherheitspolitik und damit zusammenhängend der Bundeswehr kommen, um so die Werte und die Personen kennenzulernen, welche die Bundeswehr charakterisieren. Hierbei geht es keinesfalls um Rekrutierungsarbeit an Schulen, sondern ausschließlich um den Aspekt der bündnisorientierten Sicherheitspolitik im Rahmen der Demokratiebildung. Jugendoffiziere verfügen über ein mehrjähriges Studium sowie zahlreiche Lehrgänge, die sie auf ihre Rolle vorbereiten. Sie orientieren sich im Rahmen ihrer Arbeit am Lehrplan. Insbesondere durch den aktuellen Krieg in der Ukraine steigt die Notwendigkeit, den Schülerinnen und Schülern grundlegende sicherheitspolitische Konzepte – auch aus einer militärischen Perspektive – zu erläutern.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 8. Mai 2023 Nr. KMZ-0141.6-2/37/5 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie viele Schulbesuche es von Jugendoffizieren der Bundeswehr an öffentlichen Schulen (bitte nach Schule und Schulform aufgeschlüsselt) 2022 insgesamt gab und in welchem Umfang die jeweiligen Besuche stattgefunden haben;*

Die Jugendoffiziere Baden-Württemberg dokumentieren ihre Arbeit in Schuljahresberichten. Im Schuljahr 2021/22 haben die Jugendoffiziere insgesamt 717 Veranstaltungen durchgeführt. Der Umfang der Besuche wird nicht erfasst.

	Gymnasien	Realschulen	Hauptschulen	Berufliche Schulen	Gemeinschaftsschulen	Lehrkräfte, Referendare
Anzahl Besuche	350	150	23	155	27	12

- 2. ob und wenn ja, in welcher Form Besuche von Jugendoffizieren in den Lehrplänen der jeweiligen Schularten verankert sind (bei Verneinung bitte angeben, warum dies nicht der Fall ist und ob es Vorhaben gibt, dies zu ändern);*
- 3. ob es denkbar wäre, in Anbetracht der Kriegssituation in der Ukraine, Jugendoffizieren feste Deputatseinheiten an öffentlichen Schulen vorzusehen, wo diese über einen Zeitraum bündnisorientierte sicherheitspolitische Aufklärungsarbeit leisten, um hierdurch etwa auch gezielt Desinformationen entgegenzutreten;*
- 4. ob sie davon ausgeht, dass es notwendig ist, gerade in Anbetracht der jüngsten Ereignisse (Krieg in der Ukraine), welche der bündnisorientierten Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen sowie der Bundeswehr im Speziellen eine gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen, die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen zu erhöhen, um für mehr Transparenz bei den Schülerinnen und Schülern zu sorgen;*

Die Fragen 2, 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Auseinandersetzung mit internationalen und sicherheitspolitischen Fragestellungen ist Gegenstand des Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterrichts. Die damit verbundene Aufklärungsarbeit ist Aufgabe der Lehrkräfte in diesen Fächern. Dies umfasst auch, Desinformation entgegenzutreten. Die Bildungspläne halten die Lehrkräfte dazu an, externe Akteure und Einrichtungen in die Vermittlung von Bildung und Werten einzubeziehen. Daher wird häufig ergänzend die Expertise der Jugendoffiziere und anderer Akteure bzw. Einrichtungen wie beispielweise der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg in die Vermittlung dieser Themen einbezogen. Die Entscheidung, mit welchen Einrichtungen eine Zusammenarbeit erfolgt, liegt bei den Lehrkräften und Schulleitungen.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges und der international angespannten Lage besteht bei vielen jungen Menschen Sorge vor Krieg und ein hoher Bedarf an verlässlicher Information. In diesem Kontext ist die Präsenz der Jugendoffiziere so hoch wie noch nie und hat mit 717 durchgeführten Veranstaltungen einen Höchstwert seit Bestehen der Kooperationsvereinbarung erreicht.

5. *inwiefern sie im Kontakt mit dem Bundesverteidigungsministerium steht, um Konzepte für die Arbeit von Jugendoffizieren an den unterschiedlichen Schularten zu erarbeiten;*
6. *ob das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bspw. mittels Verbindungs-offizieren Kontakte zur Bundeswehr und zum Verteidigungsministerium unterhält und wenn nein, ob man dies angesichts der vorangegangenen Fragen für sinnvoll erachtet;*

Das Kultusministerium und das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) arbeiten direkt mit den Jugendoffizieren zusammen. Die Information über Bedarfe sowie die Beratung zur Weiterentwicklung von schulartenspezifischen Formaten erfolgt im Rahmen von regelmäßigen Treffen. Diese Zusammenarbeit ist kontinuierlich, konstruktiv und erfolgreich. Ein Bedarf nach einer Ausweitung der Kontakte auf das Bundesverteidigungsministerium besteht seitens Kultusministerium und ZSL nicht und wurde auch nicht von den Jugendoffizieren signalisiert.

7. *welche Maßnahmen sie in den letzten fünf Jahren unternommen hat, um die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Landeskommmando Baden-Württemberg zu erfüllen;*
8. *inwieweit ihr Berichte darüber vorliegen, dass Schulen bzw. Lehrkräfte sich explizit gegen den Besuch von Jugendoffizieren ausgesprochen haben, wenn ja, welche Begründung die Schulen angeführt haben;*
9. *wie sie Ablehnungen von Schulen bzw. Lehrkräften nach Ziffer 8 bewertet (bitte bei der Begründung darauf eingehen, was sie explizit unternimmt, um Vorurteilen vorzubeugen, Barrieren abzubauen und den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen im Land flächendeckend zu ermöglichen);*
10. *inwiefern der Besuch und etwaige Vorträge von Jugendoffizieren ihrer Meinung nach der Demokratiebildung zuträglich seien;*
11. *inwieweit sie der Meinung ist, dass eine ablehnende Haltung von Schulen bzw. Lehrkräften die Bundeswehr bzw. die Arbeit der Jugendoffiziere sowie die Demokratiebildung von Schülerinnen und Schülern schwächen und zudem Desinformationen Vorschub leisten könnte (bitte unter Darstellung einer klaren Position der Landesregierung);*
12. *ob ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, wie die Integration der Jugendoffiziere der Bundeswehr an freien Schulen vonstattengeht und ob ihr hier etwaige Zahlen im Sinne von Ziffer 8 vorliegen;*

Die Fragen 7 bis 12 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Kultusministerium stellt sich klar hinter die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr, die den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses folgt, sowie hinter die Aufgaben der Jugendoffiziere und die Rolle der Bundeswehr für die Bewahrung von Frieden, Sicherheit und Demokratie. Die Schulbesuche durch die Jugendoffiziere sensibilisieren junge Menschen dafür, dass Frieden, Sicherheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind und vermitteln die Bedeutung von sicherheits- und bündnispolitischen Anstrengungen zur Bewahrung dieser Werte. Gleichzeitig entwickeln die Schülerinnen und Schüler über den Kontakt mit den Jugendoffizieren ein angemessenes Bild von dieser Rolle der Bundeswehr als demokratisch legitimierte Parlamentsarmee.

In diesem Sinne finden zwischen dem Kultusministerium und den Jugendoffizieren regelmäßige Konsultationen statt, um die Arbeit der Jugendoffiziere in Bezug auf die Bewerbung ihrer Angebote zu unterstützen, die Reichweite der Veranstaltungen zu erhöhen und bedarfsgerechte Formate zu entwickeln (z. B. digitale Angebote oder elementarisierende Planspiele). Über Schulanschreiben können Lehrkräfte die Veranstaltungsformate der Jugendoffiziere buchen. Das Kultusministerium weist auch über die Infodienste Schule auf die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr und die Angebote der Jugendoffiziere hin. Die Zahl der

Schulbesuche durch die Jugendoffiziere unterstreicht, dass die Kooperationsvereinbarung zu substantiellen Ergebnissen führt und einen Gewinn für die sicherheitspolitische Bildung der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg darstellt. Dem Kultusministerium liegen keine Berichte von Schulen oder Lehrkräften vor, die sich explizit gegen einen Besuch von Jugendoffizieren ausgesprochen haben. Auch liegen dem Kultusministerium keine Erkenntnisse zur Integration der Jugendoffiziere der Bundeswehr an freien Schulen vor.

13. ob sie die Arbeit der Jugendoffiziere an Schulen bzw. die Behandlung der Themen der bündnisorientierten Sicherheitspolitik und Bundeswehr an Schulen als Teil der Friedensbildung ansieht (bitte mit ausführlicher Begründung);

14. weshalb im Falle einer Bejahung nach Ziffer 13 dann im Rahmen der Beantwortung der Drucksache 17/3550 nicht auf die Rolle der Jugendoffiziere, die bündnisorientierte Sicherheitspolitik oder die Bundeswehr (weder im Wortlaut noch dem Sinne nach) eingegangen wurde (bitte bei der Begründung darauf eingehen, ob dies der Arbeit der Jugendoffiziere, dem Ansehen der Bundeswehr sowie der Demokratie- und Friedensbildung aus ihrer Sicht zuträglich sei).

Ziffer 13 und Ziffer 14 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Friedensbildung befasst sich mit der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen für eine Friedens- und Konfliktfähigkeit. Sie bezieht sich dabei auf drei Gegenstands- bzw. Analyseebenen: die zwischenmenschlichen Beziehungen, den gesellschaftlichen Bereich und die internationale Dimension. Die zentrale Fragestellung lautet dabei, wie Kommunikation und Interaktion zwischen Akteuren im Hinblick auf eine konstruktive Konfliktbearbeitung, die Wahrung oder Wiederherstellung von Frieden zu gestalten ist. Zugrundegelegt wird dabei der positive Friedensbegriff: die Abwesenheit von Gewaltausübung sowie die Abwesenheit von personeller und struktureller Gewalt. Friedensbildung ist in der Auseinandersetzung mit diesen Themen und Fragestellungen auf sicherheitspolitisches Wissen angewiesen. Gleichzeitig weisen Friedensbildung und sicherheitspolitische Bildung auch in ihren Zielsetzungen und in ihrer Wertebasis große Schnittmengen auf. Eine Trennung von sicherheitspolitischer Bildung und Friedensbildung ist deshalb aus Sicht des Kultusministeriums weder sinnvoll noch zielführend.

Dennoch treten Friedensbildung und sicherheitspolitische Bildung gegenwärtig noch fachlich getrennt auf und werden in der Umsetzung durch unterschiedliche Einrichtungen vertreten. Darauf weist auch eine Studie der Universität der Bundeswehr hin, die die Friedrich-Naumann-Stiftung in Auftrag gegeben hat (Pietraß, Manuela: Friedens- und sicherheitspolitische Bildung an Schulen, S. 4 ff. Friedrich-Naumann-Stiftung, 2023). Sicherheitspolitische Bildung, so die Studie, werde primär von der Bundeswehr geleistet, Friedensbildung dagegen von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure und Träger. Die Beantwortung der Drucksache 17/3550 gibt diese gegenwärtig noch bestehende Trennung lediglich wieder. Unbestritten ist dabei die Notwendigkeit, beide Bereiche integrativ und in ihren wechselseitigen Bezügen zu verstehen, sowie der Beitrag, den die Jugendoffiziere zur Friedens- und Demokratiebildung an den Schulen in Baden-Württemberg leisten. Das Kultusministerium vermittelt den Jugendoffizieren für ihre Arbeit durchgängig diese Wertschätzung im Rahmen der bestehenden sehr guten Zusammenarbeit.

Schopper
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport